

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei Vorabnahme durch die Verleger vierteljährlich 3,50, monatlich 1,20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitstelle oben bemerkt 50 Dfg., Verlautbarung, Anzeigens- und Wohnungsanzeigen 50 Dfg., auswärts 60 Dfg. — Zusätze für die nächste Nummer müssen als 2 Uhr nachmittags, frühestens, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 71.

Dienstag, den 25. März 1919.

26. Jahrg.

Die neue Arbeiterpolitik.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Es gibt viele Arbeiter, deren Stimmung bisher verhindert hat, sich auf das politisch in Deutschland Neugewordene geistig neu einzustellen. In ihrer Erinnerung lebt die grundsätzlichen-oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Organe so stark, daß sie auch heute in einer Zeit ganz anderer politischer Machtverteilung zwar mit dem Herzen an Neugewordenen, aber mit dem Gefühle doch noch an ihrer früheren Haltung hängen.

Daraus erklärt sich, daß sie den „Vorwärts“ als „Regierungsblatt“ ansprechen und ihr Wunsch, daß er, wie früher in den Zeiten der Junkerherrschaft, die Fahne grundsätzlicher Opposition schwingen soll. Der „Vorwärts“ ist aber weder Regierungsblatt, noch Oppositionsorgan im früheren Sinne. Er ist das Organ der Sozialdemokratie Deutschlands und verhält sich grundsätzlich gegenüber der Regierung, wie es den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entspricht.

Bevor man das voll erkennen kann, muß man prüfen, was denn seit dem 9. November in Deutschland vorgegangen ist. Die Revolution hat den alten Obrigkeitsstaat vernichtet. An die Stelle der Hohenzollern- und Junkerherrschaft ist die Herrschaft des Volkes getreten. Der Hauptgegenstand für unsere frühere oppositionelle Haltung ist gefallen. Gegen die Privilegienherrschaft und gegen die preußische Autokratie können jetzt keine Streiche mehr geführt werden, weil sie tot und zerfallen sind.

Mit der Revolution ist in Deutschland die Herrschaft des Volkes aufgerichtet worden. Was jetzt geschieht, geschieht mittels der reinsten Demokratie durch das Volk selbst. Wir haben nicht mehr das durch eine raffinierte Wahlkreisgeometrie verfälschte Reichstagswahlrecht. Wir haben kein preußisches Dreiklassenwahlrecht und keine Gemeindevorträge mehr, in denen der Geldsack regiert.

Deutschland hat das freieste Wahlrecht der Welt. Die politische Demokratie ist bei uns restlos durchgeführt. Alle Schranken sind niedergerissen worden, die bisher die Arbeiterschaft von der politischen Gleichberechtigung abgesperrt haben. Der Aufstieg der Tätigsten in unserem Volke ist gesichert und den Arbeitern ist die Möglichkeit gegeben, bis zu den höchsten Regierungsämtern im Reich und in den Bundesstaaten zu gelangen. Die freie Schule wird organisiert und die konfessionelle Freiheit ist ausgerufen. Das Kohlenindikat ist sozialisiert, die Sozialisierung des Bergbaues ist im Werden. Die Betriebsdemokratie ist grundsätzlich hergestellt und die gesellschaftliche Verankerung der Arbeiterräte als Arbeitervertrauenskörper für die Produktionsinteressen des Proletariats wird in Kürze erfolgen. Das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsfreiheit sind von allen Fesseln befreit und der Achtstundentag, der Hauptgegenstand der sozialen Arbeiterforderungen, ist gesetzlich festgelegt. Man darf zugeben, daß damit Forderungen erfüllt sind, die noch vor einem halben Jahre unsere kühnsten Hoffnungen auf Jahrzehntlang hinzuhalten schienen.

Die Revolution hat der Arbeiterschaft, wie die Wahlen zur Nationalversammlung zeigen, nicht die ganze Macht, aber doch die entscheidende Macht im Staate in die Hand gedrückt. Und mit dieser Machtübernahme sind uns Verantwortunglichkeiten auferlegt worden, die wir nach bestem Wissen zu tragen haben. Wir befinden uns heute nicht mehr der „einen reaktionären Masse“ gegenüber. Die Machtverhältnisse ermöglichen es uns, unsere Forderungen in einem Tempo vorwärtszutreiben, das uns alle Hände voll zu tun gibt. Wir haben heute nicht nur Opposition zu treiben, sondern eine große Summe gesellschaftlicher Dinge zu verteidigen, die der Arbeiterschaft ungeheure Vorteile sichern und ihr am Herzen liegen.

Die Unabhängigen im Verein mit den Spartakisten haben es sich leicht gemacht, indem sie auch unter der neuen Machtverteilung unentwegt das Banner der unfruchtbaren Opposition hochhalten und es ablehnen, sich an der praktischen Arbeit für das Proletariat zu beteiligen. Daß sie damit dem Willen unserer besten Vorkämpfer zumiderhandeln und namentlich auch den Lehren von Karl Marx ins Gesicht schlagen, kümmert sie wenig. Es ist ja so schön, durch radikale Phrasen bei unaufgeklärten Arbeitern billigen Beifall zu erhaschen. Es kostet nicht ein Gramm Gehirnschmalz, durch verantwortungslose Hege alles für nichts zu erklären, was früher das A und O unseres Kampfes gewesen ist.

Unter den Anhängern der Unabhängigen und der Kommunisten ist die Herrschaft des Schlagwortes und radikaler Tiraden aufgerichtet worden. Das sind die Leute, die nicht Lust haben durch ernste, geistige Tätigkeit sich ihrer Klassenlage bewußt zu werden und gewissenhaft nach den Mitteln zu forschen, die Lage der Arbeiterklasse zu beheben. Sie berufen sich an heftigen Redensarten und

ihr Wahnglaube läßt sie meinen, daß dadurch politische Taten überflüssig würden.

Von dieser gefährlichen Taktik der Arbeiterbeeinflussung rückt die Sozialdemokratie und der „Vorwärts“ entschieden ab. Unser Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den wahren Lebensinteressen des Proletariats ist viel zu groß, als daß wir vermasseln, durch weites, müßiges Maulaufreißen die Arbeiterschaft in den geistigen Sumpf hineinzuführen, um sie schließlich darin verkommen zu lassen.

Gewiß gibt es in unserem Staate noch vielerlei Dinge, die teils verschwinden, teils von Grund auf gebessert werden müssen. Insbesondere muß der Kampf gegen die bürokratischen Ueberbleibsel des alten Regimes mit aller Entschiedenheit fortgeführt werden. Aber man muß sich klar sein darüber, daß das Millionenheer von Beamten nicht sofort innerlich umgeformt oder gar durch andere ersetzt werden kann. Denn dazu fehlt es noch an geeigneten, vorgeschulten Kräften. Und die Revolution ist so plötzlich gekommen, daß eine Vorbereitung von solchen Massen von Menschen, die bei der Neubefugung der wichtigen, leitenden Amtsstellen notwendig wären, unmöglich zu leisten war.

Die Reichsregierung ist ein Koalitionsgebilde. An ihr sind außer den Sozialdemokraten auch bürgerliche Parteien beteiligt. Und es ist klar, daß alle ihre Beschlüsse Kompromisse sind und nicht unseren reinen Parteigrundsätzen entsprechen. Soweit diese Beschlüsse hinter den Forderungen der Sozialdemokratie zurückbleiben, werden wir ihnen gegenüber stets in Opposition sein. Wo sie aber den programmatischen Forderungen der Arbeiter entsprechen, da werden sie von uns verteidigt und geschützt werden. Selbst auf die Gefahr hin, daß man uns noch so oft das Wort „Regierungsorgan“ hören läßt.

Haben wir an dem, was seit der Revolution in Deutschland geworden ist, nicht so außerordentlich vieles zu verteidigen? Jawohl, wenn wir es ernst meinen mit dem Wohl der Arbeiterschaft, dann müssen wir das verteidigen, was zu Ruh und Frieden der Arbeiterinteressen in Deutschland bisher geleistet worden ist. In der Gestaltung der politischen Demokratie sind die politischen Forderungen des sozialdemokratischen Programms zu einem großen Teil, im grundsätzlichen Teile bereits erfüllt. Und wir sollten die Regierung, die diese Errungenschaften schuf, in ihrer Tätigkeit zur Wahrung des Erreichten nicht unterstützen wollen? Das wäre Selbstmord, das wäre die Zertrümmerung all dessen, wofür wir jahzehntlang gestritten und gelitten haben. Das braucht gar nicht zu hindern, da wo unsere sozialdemokratischen Wünsche über das Erreichte hinausgehen, mit aller Bestimmtheit den darauf hinstrebenden Willen der Arbeiterschaft zu betonen und uns gegenüber der Regierung in Opposition zu setzen. Aber wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Es ist ja leider in Deutschland, infolge der geistigen Verwüstung durch die Glendenspannhoje, ein gefährlicher Wille zur Entwertung, zur Verächtlichmachung und Mißachtung all dessen eingetreten, was wir sonst so hoch geschätzt und glühend verlangt haben. Jede heute noch leidenschaftlich vertretene Forderung wird, wenn sie morgen Gesetz geworden ist, als nichts beiseite geworfen. Das ist die große Krankheit!

Und wenn in kurzer Zeit das Gesetz über die Einrichtung der Arbeiterräte als öffentlich-rechtliche Institution herausgekommen sein wird, dann werden viele Arbeiter enttäuscht darüber sein, daß damit die Brotkrone um kein Gramm größer geworden ist.

Wenn morgen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues als Gesetz erscheint, so werden die Arbeiter erkennen, daß ihnen damit zunächst nichts an ihrer verzweifeltsten Lage gebessert ist und sie werden leicht geneigt sein, in diesem Gesetz nichts anderes als ein Stück Papier zu sehen.

Ja, alle Gesetze sind zunächst ein Stück Papier. Und die meisten unter ihnen, namentlich soweit sie soziale und wirtschaftliche Arbeiterforderungen betreffen, sind nichts anderes, als das Werkzeug, das den Arbeitern dargereicht wird, damit sie durch ihren eigenen Geist und starke, kluge, verantwortlichkeitserfüllte Tätigkeit das sich gestalten, was sie wünschen. Die Sozialgesetzgebung ist das, was sie heute ist, nicht durch den gesetzgebenden Akt, sondern durch die sozial verständige ernste Mitarbeit der Arbeiterschaft in der Gesetzgebung geworden. So ist es auch mit der Sozialisierung, so ist es mit der Demokratie und so ist es mit allen Dingen, die nicht die Obrigkeit, sondern das Volk selbst tun soll. Die Sozialisierung wird immer jovieler Segen nur zu spenden vermögen, als die Arbeiter an tüchtiger Kraft an ihr aufzuwenden in der Lage sind.

Was die Arbeiterschaft wünscht, kann nur durch eigene positive, aufgeklärte Arbeit geleistet werden. Die Regierung kann nicht jedem durch eine besondere Kindsmagd eine Saugflasche an den Mund halten lassen.

Wir wollen das Verantwortlichkeitsgefühl erhöhen, wir wollen den Arbeitern die wahre Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland vor Augen führen und vertehen lernen. Wir lehnen es ab, nur um Opposition zu machen, der Kaduktaktik der linksradikalen Blätter zu folgen, wir wollen die Arbeiterschaft zu positiver Arbeit und zu der Freiheit erziehen, als vollwertige Staatsbürger aus eigener Kraft das zu leisten, wonach ihre Hoffnungen streben.

Parteiausschub- und Fraktionsbildung in Weimar.

Wir bringen heute den verspätet eingetroffenen Bericht vom ersten Verhandlungstag.

Im großen Zuschußaal des Nationaltheaters in Weimar trat Sonnabend die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, der Parteiausschub und die Kontrollkommission zu einer gemeinsamen Tagung zusammen. Vom Parteivorstand waren Weis, Hermann Müller, Braun, Mollenhuth, Stankusch, Bartels und Frau Zuchacz anwesend. Von der Reichsregierung nahm der Reichswehrminister Noske an den Verhandlungen teil. Fraktion und Bezirksleitungen waren ziemlich gut vertreten.

Ueber die politische Lage und die Lage der Partei referierte Hermann Müller. Er berührte die Einigungsfrage, die Stellung der Sozialdemokratie zu den Arbeiterräten, die Haltung der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung. Scharf wies er die unheimliche und gefährliche Kritik an der Nationalversammlung zurück, wie sie z. B. im Capua-Artikel des „Berliner Tageblattes“ geübt wird. Auch die Notiz des „Vorwärts“ über das angebliche Schwänzen von Abgeordneten in Weimar wird der Sache nicht gerecht. Wenn es in Oberschlesien, im Ruhrrevier oder in Bayern brenne, müßten eben die Abgeordneten dorthin fahren. Hermann Müller erörterte dann die Gründe, die bei den jüngsten Kommunalwahlen zu einem Stimmenrückgang geführt haben. Besondere Tragweite kann er dieser Erscheinung nicht beimessen. Einen Parteitag hält er gegenwärtig noch für verfrüht, zumal vor den Neuwahlen im Herbst ohnedies ein Parteitag stattfinden muß. Wichtiger sei jetzt die Auffüllung der Bezirks- und Ortsleitungen in den Parteiorganisationen. Hermann Müller kündigte an, daß der 1. Mai zu einer großen Heerschau der Partei ausgestellt werden solle. Zum Schluß erstattet er eingehend Bericht über die Berner Konferenz.

Dann sprach Otto Braun über die Parteipresse und die notwendigen Neugründungen. Die Parteigenossen sollten möglichst viele bürgerliche Drucker zur Herausgabe von Parteizeitungen veranlassen und bei dem großen Redakturmangel auch den Kraft haben, einmal einen Mißgriff mit einer noch nicht erprobten Presse zu tun.

Ueber die Parteiorganisation und Parteikasse referierte Bartels. Er meinte dazu, die Agitation beruht auf gliedern und auch auf die neuen Wählerschichten der Angestellten und Beamten einzustellen. Er begründet dann die dringliche Notwendigkeit einer Erhöhung der Parteibeiträge auf 1 Mark im Monat.

An dem Vorgehen der Regierungstruppen wurde teilweise Kritik geübt. Ein Redner sprach die Befürchtung aus, daß sich Noske zu stark von den Offizieren seiner Umgebung beeinflussen lasse. Diesem Vorwurf trat Noske entgegen und stellte die Entwidlung seiner Stellung und der Freiwilligen-Heere dar. In seinem Schlussworte dankte der Vorstandsvorsitzende Hermann Müller dem Genossen Noske für seine Verdienste um die Partei und das deutsche Volk. Uebergriffe müßten bestraft werden und würden bestraft werden. Im übrigen aber habe Noske das deutsche Volk von dem vollständigen Chaos und der russischen Anarchie bewahrt. Freilich ließe sich noch nicht voraussehen, ob nicht doch die Gewaltfriedensabsichten der Feinde uns zum Neuzerren treiben würden, wie sie Ungarn dorthin getrieben haben. Die Partei müßte ihre wachende Stimme erheben, denn hier geht es nicht nur um Deutschland, sondern um die Erhaltung der ganzen europäischen Kultur. Müller verteidigte auch nochmals die Arbeit der Nationalversammlung. Mehr gute Gesetze liegen sich in kürzester Zeit überhaupt nicht schaffen. Am weitesten rüchständig sei noch die Demokratie in Preußen.

Die Konferenz erörterte am zweiten Tag die bereits kurz angeführte Stellung der Sozialdemokratie zu den Arbeiterräten. Das einleitende Referat erstattete Genosse Scheidemann. Er lehnte alle un-demokratischen Forderungen grundsätzlich ab, erklärte aber, die Regierung wisse genau, daß sich nach einem so großen revolutionären Geschehen die politische Demokratie allein einen Abschluß nicht bringen könne. Der Arbeiterstaat müsse auch auf den Produktionsprozeß Einfluß eingeräumt werden. Auch wirtschaftlich müsse der Einfluß der Arbeiterschaft höher gestellt werden, wie er politisch sicher gestellt ist. Die Regierung sei sich dieser Pflicht durchaus bewußt und die gesetzgeberische Formulierung stehe kurz vor dem Abschluß, von der mit Recht gehofft werden könne, daß sie allen billigen Forderungen Rechnung trage. Was über diese Vorlage der Regierung an Forderungen hinausgeht, sei mit Demokratie nicht mehr in Einklang zu bringen. Scheidemann äußerte sich in diesem Zusammenhang auch über die Vorgänge in Ungarn. Die bolschewistische Regierung in Ungarn sei ein Ergebnis der imperialistischen Politik der Entente. Die Entente spiele mit dem Feuer, wenn sie uns nicht bald einen Frieden gibt und zwar einen Frieden auf Grund der Millionen Leiden. Gernmühtes Deutschland, dem man eine Stadt wie Danzig und das Saargebiet nimmt, wäre reich für den Bolschewismus, den wir sonst nicht zu fürchten brauchen. Der Bolschewismus in Deutschland aber bringt ein bolschewistisches Europa. Frieden, Brot und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland seien der Damm über den der Bolschewismus nicht hinweg kommt. Der Rhein und der Kanal aber seien solche Hindernisse nicht mehr.

Nach dem Berliner Zentralrat trat für die syndikalistischen Vorläufer ein. Ohne ein solches Entgegenkommen, werde in der Arbeiterschaft keine Ruhe eintreten.

Legien wandte sich gegen alle Zugeständnisse in der Rätefrage. Die Politik des Entgegenkommens könnte sich hier verhängnisvoll erweisen. Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft seien die Gewerkschaften.

Einige in der Frankfurter Delegation, die die neu zu schaffenden Interessensvertretungen nur ein neuer Bau der seit langem geleiteten Arbeiterschaft seien. Diese paritätisch zusammengesetzten neuen Institutionen könnten sehr wohl an der Verwaltung und Geschickung mitwirken.

Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheitsregierung ab und beschränkt sich demnach dem Entwurf des Programms zu den Grundzügen der Demokratie. Sie fordert deshalb, daß das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen für alle bestehenden und öffentlichen Verwaltungsvorgänge in der Verfassung festgelegt werde.

Zur Durchführung der vollen Demokratie in der Gesetzgebung und Verwaltung und zur Durchführung der Sozialisierung bedarf es stark sozialdemokratische Organisationen, die in zahlreicher Arbeit die Massen in Stadt und Land aufzuklären und für die Durchführung der sozialistischen Ziele gewinnen.

Im Sonntagabend wurde die Konferenz geschlossen. Der Parteitag wird wahrscheinlich in Weimar stattfinden.

Aus der Nationalversammlung.

Über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine hat der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf vorgelegen. In dem Entwurf soll der Reichspräsident ermächtigt werden, die bestehenden Formationen der bisherigen Kriegsmarine aufzulösen und eine vorläufige Reichsmarine zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen, reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die deutschen Küsten sichert, durch Minenräumung, Ausübung der Seepolizei und Unterstützung der Handelsflottenflotten höhere Seeverkehr ermöglicht, die ungehörte Ausübung der Schifffahrt gewährt, im Verein mit der Reichsmarine den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verleiht und Ruhe und Ordnung aufrechterhält.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Zusammenfassung der neuen preussischen Regierung.

Die neue preussische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Sittich, Inneres: Heine, Finanzen: Südekum, Landwirtschaft: Braun, Kultus: Haack, Eisenbahn: Dejer (Dem.), Handel: Fißler (Dem.). Das Zentrum erhält das Justiz- und Beschäftigungsamt. Jede Partei soll zwei Unterstaatssekretäre stellen.

Wahl der Führer durch die Mannschaften und Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. 3. Sicherung aller durch die Revolution erzwungenen politischen Freiheiten. 4. Trennung von Staat und Kirche, Verweltlichung der Schule und sofortige Einführung der Einheitschule. 5. Beseitigung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen. 6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Ueberführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen werden.

Adolf Hoffmann. Dr. Kurt Rosenfeld.

Die militaristischen Maulhelden sind auch wieder da!

Der Nationalverband deutscher Offiziere und zahlreich andere Vereine hielten in Berlin eine Versammlung ab, in der sie verlangten, daß die deutschen Unterhändler auf keinen Fall zurückweichen dürften. Sie verlangten auch die Entzerrung des international gesinnten und gerichteten Professoren Schüding aus der Verhandlungskommission.

Zu der monarchistischen Demonstration in Berlin weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß die zufällige Anwesenheit Ludendorffs auf dem Wege der Demonstration sehr merkwürdig sei. Aus gefränkter Eitelkeit und ausichtsloser Rechthaberei führe Ludendorff und seine Clique fort, sich an dem Lande in gewissenloser Weise zu veründigen.

Kleine politische Mitteilungen.

Auf dem Augsburger Parteitag der bayerischen Unabhängigen wurde ein Antrag gegen den Eintritt in die Regierung abgelehnt und eine Entschließung mit 47 gegen 23 Stimmen angenommen, die den Eintritt in die Regierung unter der Voraussetzung gutheißt, daß die Gegenwartsforderungen des bekannten bayerischen sozialistischen Aktionsprogramms die Richtlinien für die Regierung sein würden.

Zu den nächsten Tagen kommen in Rotterdam aus Ostafrika 40 Offiziere, 37 Mannschaften, 100 Frauen und 300 Kinder an. Sie werden sofort nach Basel weitergehen.

Die China-Deutschen wurden am 20. März auf drei Dampfern in Shanghai eingeschifft. Die Dampfer werden Singapore anlaufen und dort weitere Deutsche aufnehmen.

Die Schweizer Regierung beschloß, ihre Verträge mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Serbien zu kündigen, um für den Abschluß neuer Handelsverträge mit anderen Staaten freie Hand zu bekommen.

Ungarn.

Zur Lage teilt die „Wiener Arbeiterzeitung“ mit, daß in Budapest größte Ordnung herrsche. Plünderungen sind nicht vorgekommen. Auf den Banken dürfen nur für die Auszahlung von Löhnen und Gehältern, sowie kleinere Beträge für den momentanen Lebensunterhalt ausgezahlt werden.

Zum Umsturz. Aus Wien wird dem „B. T.“ gemeldet, daß zu dem Umsturz in Ungarn und zu dem Rücktritt Karolysis und der Regierung nicht wenig die Berichte der ungarischen Vertreter von der Berner Konferenz beigetragen haben, wonach die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Parteien aller Länder der Pariser Konferenz sehr mißtrauisch gegenüberstehe.

England.

Der drohende Generalstreik. Der Bericht der Untersuchungskommission über die Regelung der Verhältnisse im englischen Bergbau kommt den Forderungen der Arbeiter in der weitgehendsten Form entgegen. Er bezeichnet die Verstaatlichung der Kohlengruben als die dringendste Notwendigkeit für die englische Wirtschaftspolitik.

Aufbesserung der Kriegsgefangenen. Das Londoner Kriegsamt gibt bekannt, daß die Rationen für die Kriegsgefangenen erhöht worden sind. Die Gefangenen erhalten jetzt täglich 7 1/2 englische Unzen Brot und 6 Unzen Weizen, 8 1/2 Unzen Fleisch, einmal in der Woche 3 1/2 Unzen Speck, 1/2 Unze oder 1/4 Unze Kaffee, 20 Unzen Kartoffeln und 1 1/2 Unzen Margarine.

Frankreich.

Lein streift die Kleinrenten des Proletariats. Am 18. März ist der erste Kongreß der russischen kommunistischen Partei in Moskau eröffnet worden. Nach Begrüßung des Kongresses durch den Generalsekretär Lenins hielt Lenin eine Rede, in der er die von Bakunin vorgeschlagene „Theorie der arbeitenden Klassen“ wandte, da

diese Formel die Arbeiterklassen im Auslande gegen den Bolschewismus einnehmen könnte in der Annahme, daß die Bolschewisten ihr System mittels der Diktatur der Roten Armee mit Gewalt durchsetzen wollten. Jede Nation müsse das Recht auf Selbstbestimmung erhalten, da nur hierdurch auch das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klassen gefördert werden könne.

Bezüglich der Bauern verfolge die russische kommunistische Partei die Politik, die Bauern allmählich und planmäßig an dem Aufbau des Sozialismus teilnehmen zu lassen, indem man die Bauern von den kirchlichen Aufsehern absondere und sie durch zunehmende Behandlung ihrer Bedürfnisse auf die Seite der arbeitenden Klasse herüberziehe.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Lösung der Frage der bürgerlichen Facharbeiter. Um diese Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen, müsse man gewisse Opfer bringen und den Facharbeitern eine gute Existenzmöglichkeit bieten. Der Kampf mit der Bürokratie könne nur dadurch zu einem guten Ende geführt werden, daß die ganze Bevölkerung an die Verwaltung teilnehme. Niemand sei es eingefallen, die Bourgeoisie aus den Sowjets auszuschließen.

Aus Eibed und den Nachbargebieten.

Dienstag, 25. März.

Die Bürgerschaft.

Am Montag wieder eine ausgedehnte Sitzung ab, in der die Verfassungsaänderung die hervorgehobene Rolle spielte. Wir wissen aus Erfahrung, daß das alte läbliche Klassenparlament nicht für zeitgemäße Reformen zu haben war und daß Sonderrechte und Ständeschnel mit den schmerzten Befreiungen festgehalten wurden. Aber wenn es sich darum handelt, den Entzerrten die staatsbürgerlichen Rechte zu mindern, war alles ein Herz und eine Seele. Es ist deshalb begreiflich, daß die Vertriebenen mit Frauen daran gingen, der neuen Zeit Rechnung zu tragen. Herr Dr. Wittern war der Sprecher derer Gruppe, die heute noch offen daran geht, die Bürgerschaft demokratisch zu erziehen. Das wird von den Deutschnationalen natürlich mit verwirrenden Mitteln unternommen. Sie geben vor, dem Volke die Entscheidung bei der Senatswahl in die Hand zu legen, wollen es aber im letzten Augenblick eine lebenslängliche Wahl binden. Und dadurch glauben diese Rüstmeister die echte Demokratie hintertreiben zu können. Dr. Wittern zeigte aber unbewußt, daß ihm nicht die Auswahl der Senatsmitglieder durch das Volk am Herzen lag, denn er wollte bei dieser Wahl trotzdem Parteimitglied über die Zusammensetzung machen nach dem Grundgesetz: irig Pogel oder Kurb. Unter Genosse Mehrlein, der den Reigen der Fraktionäre mit einer großartigen Proklamierung eröffnete, wies dem deutschnationalen Vertreter die Unhaltbarkeit sehr gründlich nach und stellte wiederholt fest, daß es sich für die Sozialdemokraten nur um ein Provisorium handeln könne und daß im Laufe der Zeit ganze Arbeit gemacht werde. Wir empfehlen unsern Lesern ein sorgfältiges Durchlesen seiner Rede. Für die Demokraten sprachen Dr. Götz und Klein. Letzterer betonte, daß die langen Ausführungen Dr. Witterns eine stündliche Widerlegung erfordern würden, Besser hat Genosse Mehrlein den rechtsgelehrten Rebellenschall gefesselt, als er sagte, daß Herr Dr. Wittern mit viel Worten wenig oder nichts gesagt habe. Nebenfalls war aus der Verhandlung über diesen Gegenstand zu entnehmen, daß die bürgerlichen Vertreter heute nicht mehr dazu aufgelet sind, bei Äußerungen zu Verfassungsaänderungen in besterform auszubringen wie es der amtliche Verhandlungsbericht vom 19. Juli 1909 verzeichnete. Als Genosse Schmarz erklärte, seine Fraktion habe beschlossen, der Bürgerschaft einen Verfassungsentwurf vorzulegen. Der Senatsantrag gelangt dann gegen die deutschnationalen Stimmen zur Annahme. — Darauf wurde der Haushaltsplan weiter beraten. Von unsern Genossen Laut, Senze, Meyer, Timmermann, Dreier, Kockien, Karl Möller, Ad. Löwig und G. Schler wurden bei den betr. Positionen Einsprüche gestellt, die angenommen wurden. Auch der vom Genossen Stellung in voriger Sitzung gestellte Antrag auf Abänderung der Landgemeindeordnung wurde angenommen. Heute abend wird die Beratung fortgesetzt.

Zum Streik der Angestellten wird uns von der Streikleitung geschrieben: Die gestern abend wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Angestellten und Arbeitgebern führten zu keiner weiteren Klärung der Sachlage. Der Forderung der Arbeitgeber, um einen dreitägigen Waffenstillstand konnte nicht entprochen werden, da er praktisch die Wiederaufnahme der Arbeit ohne irgendwelchen Erfolg bedeuten würde. Der von der Verhandlungskommission der Volkerversammlung der Streikenden als Ergebnis der Beratungen vorgelegte Tarifentwurf fand starken Widerspruch. Manche Positionen des Tarifs wurden nicht als Zugeständnis, sondern nur als eine dauernde Festlegung der bisher als absolut ungenügenden Bezahlung der Angestellten bezeichnet. Die Streikleitung ist sich bewußt, durch entsprechende Überlegung der Tarifpositionen den berechtigten Forderungen der Streikenden entgegenzukommen. Damit ist auch der Beweis erbracht, daß nicht die auswärtige Führung die Ursache ist, daß keine Einigung erzielt wird, sondern das zähe Festhalten der Arbeitgeber an ihrem Grundgesetz, die Gehälter der Angestellten nicht zeitgemäß zu erhöhen.

Rentenzuschläge. Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 31. 12. 1918 werden mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab allen auf Grund von Erwerbsunfähigkeit verlorungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen erzielte Rentenzuschläge gewährt. Die Bewilligung und Auszahlung dieser Zuschläge wird sich zwar aus technischen Gründen in vielen Fällen noch einige Zeit verzögern, erfolgt aber in jedem Falle von Amts wegen, also ohne daß es dazu besonderer Anträge bedarf. Auch die bisher schon (seit 1. 7. 1918) zuständige Rentenzuschläge sollten von Amts wegen bewilligt und ausgezahlt werden. Dies hat aber, weil im Gegenfall zu den neuen Rentenzuschlägen — nur ein begrenzter Personenkreis in Frage kam, und daher die Empfangsberechtigung von gewissen Voraussetzungen abhängig, deren Vorliegen den militärischen Dienststellen nicht immer ohne weiteres bekannt war, in einzelnen Ausnahmefällen leider nicht geschehen können. Allen denjenigen, die hiernach noch Anspruch auf diese ersten Rentenzuschläge zu haben glauben, wird empfohlen, sich alsbald unter Vorlage ihrer Militärpapiere mit einem entsprechenden Antrag an das für sie zuständige Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) zu wenden.

Postverkehr nach dem besetzten Gebiet. Zwischen dem unbesetzten Deutschland und der besetzten Zone der besetzten deutschen Reichgebiete ist jetzt in beiden Richtungen außer dem behördlichen Briefwechsel allgemein zugelassen der Briefwechsel in Handels- und Industrieangelegenheiten (auch der Versand von Katalogen, Tarifen, Preisverzeichnissen, Warenmustern), ferner in Privatangelegenheiten der Versand von Postkarten und, wenn es sich um die Mitteilung wichtiger Familienereignisse handelt, auch der Versand von Briefen. Die Regelung des Paketz-, Geld- und Zeitungverkehrs schwebt noch. Bis auf weiteres verbleibt es weiterhin bei den bisherigen Beschränkungen.

Der Streik der Angestellten hat den Bund der Arbeitgeber-Gruppe Metallindustrie zu Maßnahmen veranlaßt, welche die in Frage kommenden Arbeiter aus einer Bekannmachung im Anwesenheit erziehen können. Auch die Verwaltungsbehörde des Reichs Metallarbeiterverbandes hat sie muntert. Es darf wohl die Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß innerhalb der Abgrenzung eine Einigung aller in Frage kommenden Teile herbeigeführt werden kann.

Vorlicht, Darlehnswinkel! Vor ein paar Zeit wurde in der hiesigen Zeitung ein Vertreter gesucht. Bemerkungen waren das Schlichtfach 14 in Charlottenburg zu richten. Die Adresse nun aus einem gewissen Louis Goldschmidt in Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 29, der sich seit etwa einem halben Jahre in Darlehnswinkel befindet. Vorher war er kurze Zeit als Vertreter für die bestkattete Domburg in der Wilmersdorfer Straße. Vor einer Verbindung mit Goldschmidt, der den Darlehnswinkel in der inoffiziellen Form des Vorlehnnehmens betreibt, ist eine außerordentliche Anwesenheit naturgemäß unabweislich. Nach Ansicht des Reichsernährungsamts besteht die heutzutage übliche Darlehnswinkel aus einem halben Jahre in einem Umfange für sonst fehlende Nahrungsmittel Ersatz bieten. Es ist also ein Rückgang unter die Hälfte des Lebensmittels einbezogen. Da auf der einen Seite der Zucker in einem Umfange für sonst fehlende Nahrungsmittel Ersatz bieten ist eine außerordentliche Anwesenheit naturgemäß unabweislich. Nach Ansicht des Reichsernährungsamts besteht die heutzutage übliche Darlehnswinkel aus einem halben Jahre in einem Umfange für sonst fehlende Nahrungsmittel Ersatz bieten.

Die Zuckerzucker. Während im letzten Jahres rund 17 Millionen Tonnen Zucker verarbeitet und daraus 2,8 Millionen Tonnen Rohzucker gewonnen wurden, beträgt für 1918/19 die Zuckererzeugung nur 1,4 Millionen Tonnen. Es ist also ein Rückgang unter die Hälfte des Lebensmittels einbezogen. Da auf der einen Seite der Zucker in einem Umfange für sonst fehlende Nahrungsmittel Ersatz bieten ist eine außerordentliche Anwesenheit naturgemäß unabweislich. Nach Ansicht des Reichsernährungsamts besteht die heutzutage übliche Darlehnswinkel aus einem halben Jahre in einem Umfange für sonst fehlende Nahrungsmittel Ersatz bieten.

Ein Riesenunterverhandlung für das Gebiet Lübeck sowie ein Riesenunterverhandlung für unsern Kreis. Ein Riesenunterverhandlung für das Gebiet Lübeck sowie ein Riesenunterverhandlung für unsern Kreis. Ein Riesenunterverhandlung für das Gebiet Lübeck sowie ein Riesenunterverhandlung für unsern Kreis.

Wahl im politischen Kreis zu tun sei. Wir sind überzeugt, daß die Wähler und Wählerinnen den bürgerlichen Parteien schon am 8. April die ihnen gebührende Antwort geben, indem sie die sozialdemokratischen Voten zum vollen Siege verhelfen.

Schwerin. Die Eisen- und Stahlwerke, die in Mecklenburg stehen in hoher Blüte stand und den Vorkriegszeit den Anteil stiftete, zeitweise seit Juli vor, ist rund 90 Prozent zurückgefallen. Die Eisen- und Stahlwerke, die in Mecklenburg stehen in hoher Blüte stand und den Vorkriegszeit den Anteil stiftete, zeitweise seit Juli vor, ist rund 90 Prozent zurückgefallen.

Wandebsee. Kaufmännischer Versuch. Ein unbekannter Mann überließ die 60 Jahre alte Witwe Mödes in ihrer Wohnung Wandebsee 29. Der Unbekannte war die alte Frau in Boden und schlief mit einem Instrument auf sie ein, wodurch die Mödes schwere Verletzungen davontrug. Der Täter, welcher dann verhaftet wurde, ist noch nicht feststellbar.

Hamburg. Sturz in den Fahrstuhl. In einem Hause der Hohenstraße stürzte der Lehrling Hermann Petersen in Höhe der zweiten Etage in den Fahrstuhl hinab und erlitt schwere Verletzungen.

Bestimmungen den auf genannten Gebieten tätigen öffentlichen Polizeibeamten als Hilfs- und Polizeibeamte benannt werden. Diese Bestimmungen haben die Befehls- und die Lebensmittelpartei in ihren Kreisen bereits seit zwei Jahren gestellt. Jetzt endlich hat man sich dieser berechtigten Forderung nicht entschließen können.

Bremen. In den Differenzen in den Hanseatischen Werken, die militärisch besetzt wurden, teilt die provisorische Regierung mit: Die Besetzung des Werkes der Hanseatischen Werke geschah einzeln und allein aus dem Grunde, daß der Betrieb und seine Einrichtungen nicht abgebaut oder zum Teil zerstört werden, vor allem zu dem Zweck damit den Arbeitern ihre Arbeitsstätten erhalten zu bleiben. In die wirtschaftlichen Differenzen in die zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sind die Differenzen nicht die provisorische Regierung sich grundsätzlich nicht. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Maßnahmen, die getroffen sind, nur im Interesse der Arbeiter getroffen sind, damit dieselben nach Beendigung der militärischen Differenzen ihre Arbeitsstätten ordnungsgemäß vorfinden. Der militärische Schutz der Werksanlagen wird sofort aufgehoben, wenn die Arbeiter sich verpflichten, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge und Betriebsanlagen nicht zu zerstören.

Ostern 1919. Die Agrarminister haben eine wichtige Entscheidung in einer Versammlung der Bauernräte getroffen. Die Entscheidung lautet: Landrat v. Schröder teilt mit, daß der Preis für den Verkauf von über 1500 Stück Vieh im Rückstand sei. Aus der Versammlung wurde anerkannt, daß man liefern müsse, wenn die Erfüllung dieser Pflicht auch sehr schwer falle. Agrarminister haben immer wieder, warum denn nicht die norddeutsche Landwirtschaft, die noch mit 8000 Stück im Rückstand sei und einfach nicht mehr liefern wolle, zunächst beauftragt werden. Darauf wachte der Vertreter des Provinzial Agrarministers, Höpner, die Mitteilung, daß von der nächsten Woche ab das norddeutsche Vieh rüchlos aufzutreiben ist für die Ernährung der Bevölkerung gefährlich sei. Wo man auf Schwierigkeiten stößt, werde Militär zur Hilfe gerufen werden, um die Auslieferung des Viehs reiblos durchzuführen zu können. Weiter sei ein Verbot des Auftretens von Vieh in öffentlichen Anlagen zu erwarten. Danach dürfe sich in Zukunft nur Vieh in die Städte halten, der Viehbesitzer sei, das Vieh für das Tier aufzubringen. Von verschiedenen Seiten wurde der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossene Tarif bemängelt, doch kam man zu dem Schluß, daß der Tarif zunächst bis zum Mai 1920 mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1919 Gültigkeit haben müsse.

Neueste Nachrichten. Karolhi unter Anklage. Wien, 25. März. Aus Budapest wird mitgeteilt: Die Käte-Regierung wird den Grafen Karolhi schon in den nächsten Tagen vor ein Gericht stellen. Die gegen ihn gerichtete Anklage behauptet, daß er die Sozialisierung des Großgrundbesitzes in einer Form eingeleitet habe, die es ihm ermöglichte, ein Fideikommiss, das schon vor dem Kriege übermäßig ver schuldet gewesen sei, zur Deckung seiner Schulden zu veräußern. Er übertrug die gesamte Aktion der Ungarischen Commercialbank, mit der er ein Liebesverkommen trat, dem zufolge er 1000 Kronen pro Jahr erhalten hat. Die Aktion ist so ort festgelegt worden. Das Aktienmaterial bei der Ungarischen Commercialbank ist beschlagnahmt worden.

Befanntmachung.
Nach Übergang des Wohnungsnachweises auf das Wohnungsamt und nach dessen Erlaß einer neuen Verordnung über die Errichtung eines Wohnungsnachweises wird die Errichtung eines Wohnungsnachweises über An- und Abmeldung vermietbarer Wohnräume geteilter Räume vom 7. 12. 17 hiermit aufzuheben und die Bestimmungen der Bekanntmachung der Behörde für Wohnungspflege, betreffend die Errichtung eines Wohnungsnachweises vom gleichen Tage hinsichtlich geworden.
Lübeck, den 24. März 1919.

Das Polizeiamt.
Die Behörde für Wohnungspflege.
Eierverkauf
Am Mittwoch, dem 26. d. Mts., vormittags von 8-1/2 Uhr in die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben S-Z. Hühnerhalter sind zum Kauf nicht berechtigt.
Lübeck, den 24. März 1919.

Der Stadtmagistrat.
Ernährungsache.
Frankfurt.
Von Montag, den 24. d. Mts., werden in den Geschäften
die Kolonialwaren
abgegeben.
Lübeck, den 24. März 1919.

Bekanntmachung.
Der öffentl. Schlachthof
ist in der Zeit vom 1. April bis
30. September d. J. geöffnet von
10 Uhr morgens bis 2 Uhr nachm.
Lübeck, den 24. März 1919.
Die Betriebsbehörde
11064) Abt. Schlachthof.

Schuhmacher.
Das Landesverforgungsamt
sucht für die Verbesserung des
in der Abkleidungsstelle vor-
handenen Schuhwerks einen oder
zwei Schuhmacher, die die Ar-
beiten entweder in den Räumen
des Abkleidungsstelle oder in
der eigenen Werkstatt ausführen
müssen. Jeder steht zur Ver-
fügung. Meldungen in der Ab-
kleidungsstelle Weberstraße-1
von 9 bis 1 und 8 bis 6 Uhr.

**Milchkontrolleur
gesucht.**
Zur Handhabung der Kontrolle
der Milchlieferung durch die
Viehbesitzer sucht das Landes-
verforgungsamt sofort eine geeignete
Vorsichtliche Milchfachmann
oder Landwirt, Meldungen sind
an die Abteilung III des Landes-
verforgungsamts, Breite Straße
45, zu richten. (11062)

D. T. V.
Vorstandssitzung
Mittwoch abend 8 Uhr
im Bureau.
3. Distrikt.
Versammlung
am Donnerstag, d. 27. März,
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
In zahlreichen Erträgen er-
scheint
Emil Rose,
11099)

Gesucht tüchtige (11080)
Boorbauer und Stellmacher.
Schlichtings Werft, Travemünde.

Ein Kriegsbeschädigter (evtl. verheiratet)
wird sofort für leichte Arbeiten nach Travemünde
gesucht (Jahresstellung). Mitglieder des Reichs-
bundes für Kriegsbeschädigte werden bevorzugt.
Zu melden bei **E. Müller, Kottwitzer 20-22, I.**
(11084) Zwischen 12-1 Uhr und 6-7 1/2 Uhr.

Ernst Junge und Frau,
geb. Graack.
Lübeck, Wilmersdorfer 42.

**Deutscher
Metallarbeiterverband**
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am 20. d. Mts. starb
durch Unfall unser Kollege
Fritz Berger.
Bezirk 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet
am Mittwoch, d. 26. März,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf
dem Vorwerker Friedhofe
statt. (11062)
Die Ortsverwaltung.

Rock- und Hosenschneider.
Franz Baese.
Willy Martin Nachf.
Gesucht zu Otten ein
Steinmetzlehrling
Ludwig Bruhn, (11054)
(vom Pletiner & Bruhn)
Grüntwert, Galfendamm.

Ein auterb. Kunde Wagen und
Sitz bis zu verkaufen. (11071)
Königsplatz 25, Lübeck.
I. Kuhn, I. Kegel zu verkaufen
(11070) Köpferstraße 24
Zu verkaufen 2 Sommerhütten
für Konsumanten.
(11072) Bültestraße 9, II.
Ein Paar Eisenbetten, neu,
Nr. 88, gegen Nr. 89 ein uterb.
11 88, Lübeck, Wilmersdorfer 49 III
Militärheftsmantel u.
fairen gef. Ang. unt. H 8
in die Grsch. (11107)

Franz Lütgens, Segeberg
Zigarren-Spezialgeschäft.
Anmeldung zum Verkauf von
Zigarren und Zigaretten auf
Wareneinfuhr (11084)

Gestrichene Blockwagen
verf. (1108) Dannewerke 28

**Gastwirtschaftsinventar-
Versteigerung**
„Zapfenkrug“, Rockstr. 18.
wie bereits ausführlich angezei-
gt, findet (11081)
Donnerstag morgen 9 Uhr statt.
Heinrich F. W. Koch,
polizeil. angeordneter Versteigerer

**Programm u. Organisation
der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands.**
— 15 Pfg. —
Buchhdl. Fr. Meyer u. Co

**Zum Wiederverkauf
an jedermann
geeignete Artikel!**
Hund- u. v. Bezugsquellen leicht-
verkauft Massen-Artikel jeder Art
unden Sie in dem großen Fachhau-
Das Versand-Haus in Lübeck-A.
Nummer 2118. (11078)

Kleingarten-Jahrbuch
für 1919.
1.- Mk.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
**Für Herbergen
Fremden-Meldezettel**
in Block.
Friedr. Meyer & Co.

Geschäftsübernahme.
Teile hierdurch der geehrten
Sinnlichkeit von Lübeck und
Umgebung mit, daß ich das
Kolonialwaren-Geschäft
von Herrn Karl Lorenz,
Reiferstraße 19a,
auflich erworben und gleich-
zeitig ein
(11094)

Obst- und Gemüse-Geschäft
mit eingerichtet habe. Es wird
mein eifriges Bestreben sein,
meiner geehrten Kundenschaft
Portelle zu bieten und bitte, mein
unbeschränktes Unternehmen bei der Ein-
tragung in die Kundentitel unter-
stützen zu wollen.
Sodastungsbevoll.
Gustav Giebusch.

Begehrte mich anzusehen, daß
ich das Geschäft meines ver-
storbenen Vaters wieder eröffnen
und bitte das geehrte Publikum
um Entzerrung in die Kundentitel
Wilh. Hopp,
Heinrichstr. 30. (11089)
Schlaechterei.

Extra parte Band:
Blockwagen
3-8 Reimer Tragkraft.
Karl Schalmerich
(11053) Wilmersdorfer 24.

Del. 1473.
Zahlte für (11104)
ausgekämmte Frauenhaare
pro Bund Nr. 8.—
Lissauer
Kleiner Schlangen 8.

**Der gelehrteste
Deutscher Schindler**
im deutschen Weibbuch.
Dem deutschen Reichstag am
1. Juli 1918 vorgelegt vom
Hauptmann von Beerfeldt.
— 60 Wfr. —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Zum Wohnungswechsel

Unsere Abteilungen
Teppiche, Gardinen u. Dekorationen
sowie die große ständige Ausstellung von ca.
200
eingerichteten Zimmern

sind mit allem was Ihnen Gewähr für vorteilhafte Einrichtung Ihrer neuen Wohnung bietet, reichlich versehen. Sie werden sich sehr davon überzeugen, daß die Summe, welche Sie für diesen Zweck auswerfen, hierbei nicht die größte Rolle spielt, da wir in der Lage sind, selbst mit bescheidenen Mitteln, in kluger Berücksichtigung von Zweckmäßigkeit, Schönheit und Preiswürdigkeit, Wirkungen vollendetster Art zu erzielen.

Rudolph Karstadt Lübeck

Schürzenangebot.

Zum billigen Verkauf an die werftätige Bevölkerung wurden mir große Besten Schürzen aus guten Erzeugnissen zur Verfügung gestellt und bieten ich an:

- Hauschürzen ohne Lak in blau blaubebr. u. gestreift per Stück Mk. 2.50 2.75 4.50 5.50 6.50
- Hauschürzen m. Blusenlag in blau blaubebr. u. gestreift per Stück Mk. 3.00 3.75 6.00 6.50
- Große Kleiderchürzen per Stück Mk. 8.50
- Buntfarbige Wiener Damenschürzen per Stück Mk. 8.50
- Schwarzweißfarierte Blusenschürzen per Stück Mk. 8.50
- Zierschürzen in vielen bunt. Must. v. Stück Mk. 5.50
- Mädchenhängerschürzen in allen Gr. u. Ausf. v. Stück Mk. 2.75 4.00 5.00
- Kräftige blaue Männerchürzen m. Ab. Mk. 2.75
- Blaue Männervorhemden v. Ausf. v. Stück Mk. 0.75
- Schwarze Rockchürzen f. Verkäuferin. Mk. 8.00

Die Schürzen sind in meinen Schaufenstern und Schaufenstern am Markt mit Preisen versehen ausgelegt. Das Selbstbestimmungsrecht über die Mengenangabe behalte ich mir vor. (11079)

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

Tel. 1473.

Wahl für
Stanz-, Schweiss-, Pferdehaare, trockene Schweinshaare, Hausstandsumpfen, Zeitungen, Akten Geschäftsbücher, altes Eisen sowie alte Metalle, Kasen- und Kaninchenfelle (11103) höchste Tagespreise.
Lissauer
Kleiner Schranzen 8.

Beste Bezugsquelle für

Blockwagen
in allen Größen bis 8 Rtr. Tragkraft. (11050)
G. Eliesath Ww., Sandstr. 9.

Zigarren 15! Zigaretten 4!
Bitte um rechtzeitige Eintragung in die
Kundenliste (Lebensmittelbücher mitbringen) 11096
Grundmann, Schlüsselbuden 32.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Als einen äußerst billigen Gelegenheitskauf können wir empfehlen:
Ungarischer Burgunder Rotwein
11055) die Flasche
zu **4.50 Mark** mit Steuer.

Gewerkschaftshaus.
Morgen Mittwoch: (11092)
Großer Ball.

Gewerkschaftshaus, 28. März, abends 7 1/2 Uhr
Preise der Plätze 2.—, 1.—, —.50 Mk.
Vorverkauf Johannisstr. 50-52. (11092)

Bekanntmachung.

Aus Anlaß des gegenwärtigen Streiks der Angestellten wird den Mitgliedern des Bundes der Arbeitgeber empfohlen, die Betriebe zu schließen. Die Arbeiter erhalten ihren jetzigen Verdienst weiter. Die Unternehmer sprechen sofort ihre 14tägige Forderung den gesamten Belegchäften aus. Die Kündigung gilt als nicht ausgesprochen, wenn innerhalb der Kündigungsfrist durch Beilegung des Angestelltenstreiks der Betrieb wieder eröffnet wird. Die Arbeiter verpflichten sich, sich jeden Morgen zu Beginn der üblichen Arbeitszeit in den Werken zu melden. Sie haben auf Anfordern Notstandsarbeiten sowie alle Arbeiten, die zur Erhaltung und für die Wiederinbetriebnahme der Werke, insbesondere die Anfuhr von Kohlen und Rohmaterialien erforderlich sind, auszuführen. Im Zweifelsfalle wird hierüber im Einverständnis mit der Fabrikleitung mit den Arbeiterausschüssen verhandelt.

Lübeck, den 25. März 1919. 11115
Der Bund der Arbeitgeber,
Gruppe Metallindustrie,
Deutscher Metallarbeiterverband,
Verwaltungsstelle Lübeck.

Arbeiter-Ausschüsse.

Mittwoch, den 26. März
vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche

Versammlung

im großen Saale des Regimentshauses,
Hügelort-Allee 2.
Tagesordnung:

Der Angestellten-Streit.

Um die Vertretung aller Betriebe, auch der Angestellten- und Beamten-Ausschüsse, ersucht dringend
Die Kartellkommission.
Der Vorstand des A.- u. S.-Rates.

Große öffentliche Volksversammlung

am Mittwoch, dem 26. März, abends 7 1/2 Uhr
in den Centralhallen.
Vortrag über:
Schiffe, Presse und Seeleute.
Referent: Ad. Jöhnke, Hamburg.
Freie Aussprache. Erscheint in Massen. (1149)
Seemannsbund.

KOLOSSEUM.
Mittwoch, den 26. März:
Großer Ball.
Anfang 6 Uhr. (11086) Heinrich Ohde.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Wir bitten unsere Vertrauensmänner, die nach in ihrer nächsten befristeten Zusammenkunft zum Wahlsonntag bis Sonntag, den 29. März, im Parteireferat, Johannisstraße 50, abzuhefern. (11094)
Der Vorstand.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.
Geschäftsstelle: (11061)
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Dr. med. Stoffer
hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. (11118)

Unabh. Sozial. Partei.
Zahlstelle Kücknitz.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 26. März
abends 7 Uhr
im Gasthof „Zum Anker“
in Kücknitz.

Tages-Ordnung:
1. Der Parteitag.
2. Verschiedenes.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 27. März
abends 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Statutenberatung.
2. Verschiedenes.
Das Parteibureau, Johannisstraße 50/52, ist täglich von nachm. 5 Uhr bis 7 1/2 Uhr geöffnet. (11100)
Der Vorstand.

Oeffentliche
Versammlung
aller im Schuhmachergewerbe Lübecks beschäftigten Personen
am Dienstag, 25. März,
abends 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Das Schuhmachergewerbe während der Arbeitszeit und die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen.
Redner:
Kollege **Kummerow**, Hamburg.
2. Freie Aussprache.
Zahlreichen Besuch in dieser Versammlung erwartet (11101)
Der Einberufer.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Sitzale Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 26. März
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Regelung des Beerdigungswesens.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.
(11065) Der Vorstand.

Eintragung in die
Zigarrenliste
erbitet (1110)
Zigarren-gros-Lager
Ludw. Hartwig
Oberrade 8.

Luisenlust
Morgen Mittwoch:
Großes Tanzkränzchen
Anfang 7 Uhr. (110)

Konzerthaus Bauernschänke
— E. K. Diele —
Täglich ab 4 Uhr nachm.
Bauernfideltas.
Donnersag: (1109)
Elite-Kappenabend

Verein der Musikfreunde
7. Symphonie-Konzert
Montag, 31. März, 7 1/2 Uhr
Leitung: Dr. Georg Göhle
Gesang: Maria Pos-Garlton
Gottfried Herrmann - Sinfonietta (zum 1. Mal), Beethoven „Ah, perfido“ f. Sopr. m. Orchester, H. H. Wetzler, Gesänge u. Orch., H. H. Wetzler, Ouvertüre zu „Wie es Euch gefällt“ (unter Leitung des Komponisten). (1108)

Oeffentl. Hauptprob
Sonntag, 30. März, 11 Uhr vorm.
Konzertkarten: 1.— bis 4.50
Hauptprobenkarten: 1.— u. 2.—
an der Theaterkasse.

HANSA THEATER
Mittwoch, abends 7 Uhr
Schwarzwaldmädel.
Operette von Leon Jessel.
Donnerstag:
Die tolle Komtesse.
Freitag: (11061)
„Hannele“.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 11077
Dienstag, den 25. März:
24. Vorstellung im Dienstags-Abonnement.
Die Zauberröte.
Oper in 2 Akten v. Mozart.
Mittwoch, den 26. März:
Struensee.
Donnerstag, den 27. März
Auf allgemeinen Wunsch:
Frühlings Erwachen
Freitag, den 28. März:
Ilsebill.